

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 01.09.2005

öffentlich

Ort: Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
Schopenhauer Straße 4
Raum 117
06114 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 20:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Thomas Godenrath		stimmbereit
.		
Frau Ute Haupt	„	
Frau Gertrud Ewert	„	
Frau Hanna Haupt	„	
Frau Dr. Gesine Haerting	„	
Frau Elke Schwabe	„	
Frau Brigitte Thieme	„	
Herr Leonhard Dölle	„	
Frau Beate Gellert	„	
Frau Antje Klotsch	„	
Herr Uwe Kramer	„	
Frau Bärbel Scheiner	„	
Herr Winfried Weber	„	
Herr Helmut Becker		beratend
Herr Herbert Jomrich	„	
Herr Jörg Lau	„	
Frau Renate Leonhard	„	
Herr Max Privorozki	„	
Frau Peggy Rarrasch	„	
Herr Lothar Rochau	„	
Frau Petra Schneutzer	„	
Frau Dagmar Szabados	„	
Frau Dorit Schmidt		Verw
Frau Heike von Nievenheim		Verw

Entschuldigt fehlen:

Frau Heike Wießner	stimm.	entschuldigt
Herr Hendrik Lange	stimm.	entschuldigt
Frau Müller	beratend	entschuldigt
Herr Sarunski	beratend	entschuldigt
Frau Susanne Schmotz	beratend	entschuldigt
Herr Goswin van Rissenbeck	Verw	entschuldigt
Herr Uwe Weiske	Verw	entschuldigt

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 04. August 2005
- 4. Bericht des Unterausschusses Jugendhilfeplanung zum Stand der Jugendhilfeplanung in der Stadt Halle (Saale)
Berichterstattung: Herr Weber, Vorsitzender des Unterausschusses Jugendhilfeplanung
- 5. Änderung der Geschäftsordnung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung
Vorlage: IV/2005/05130
- 6. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005
Haushaltskonsolidierung sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2003
Vorlage: IV/2005/05174
- 7. INT GmbH - Förderung der Objektkosten für den iJC "Heide-Nord" am Standort Blumenauweg 49, 06120 Halle (Saale)
Vorlage: IV/2005/05126
- 8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 9. Anfragen von Stadträten
- 10. Anregungen
- 11. Mitteilungen
- der Verwaltung zur stattfindenden Werbekampagne zur "Pflegeelternengewinnung" in der Stadt Halle (Saale)

zu Kinder- und Jugendsprechstunde

Da keine Kinder und Jugendlichen anwesend waren, wurde die Sitzung durch die Vorsitzende sofort begonnen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Hanna Haupt eröffnete die Sitzung und stellte die fristgerechte Zustellung der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Hanna Haupt stellte die Tagesordnung fest und sprach folgende Ergänzung dazu an: Als zusätzlicher TOP wird als Punkt 7 der Haushalt 2005, Haushaltskonsolidierung, aufgenommen. Diese Vorlage wurde durch den Finanzausschuss an die zuständigen Fachausschüsse verwiesen und soll Ende September im Stadtrat beschlossen werden. Alle weiteren TOP verschieben sich demzufolge. Die Tagesordnung wurde mit dieser Ergänzung bestätigt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 04. August 2005

Folgende Korrekturen in der Niederschrift vom 04.08.2005 wurden angesprochen:

Frau Hanna Haupt:

S. 6 und 7 Streichung in ihrer und Herrn Klingbeils Aussage. Es muss nicht heißen "...haftentlassene Jugendliche und Heranwachsende " sondern „ haftentlassene Erwachsene“.

Frau Ute Haupt:

S. 14 Mitteilungen: Ihre Information betraf nicht den Halleschen Stadtsportbund sondern die Hallesche Sportjugend.

Mit diesen Änderungen wurde der Niederschrift zugestimmt.

**zu 4 Bericht des Unterausschusses Jugendhilfeplanung zum Stand der Jugendhilfeplanung in der Stadt Halle (Saale)
Berichterstattung: Herr Weber, Vorsitzender des Unterausschusses Jugendhilfeplanung**

Herr Weber verteilte vorab seiner mündlichen Berichterstattung diesen Bericht in Schriftform an alle Mitglieder. Er sprach an, dass der Niederschrift eine Aufstellung aller Gremien, welche mit dem UA Jugendhilfeplanung zusammengearbeitet haben, angehängt wird. Herr Weber erläuterte bisherige und zukünftige Strukturen, erwähnte Ressourcen des Unterausschusses und gab einen Ausblick auf die zukünftige Arbeit des Gremiums.

Nach der Berichterstattung dankte er allen Mitgliedern der verschiedenen Arbeitsgruppen für die konstruktive Zusammenarbeit bei der Prozessgestaltung in der Jugendhilfe der Stadt Halle. Als kritische Anmerkung bemerkte Herr Weber, dass eine kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen den Arbeitsgruppen nicht optimal erfolgte, da eine strukturierte

Frau Szabados teilte mit, dass vergangene Woche eine Haushaltsklausur in der Stadtverwaltung zur Haushaltskonsolidierung bis 2012 stattgefunden hat. In dem Umsetzungsplan sind die einzelnen Bereiche ausgewiesen, die es betrifft. Frau Szabados erläuterte dies ausführlich. Heute gilt es zu akzeptieren, dass die angesprochenen Reduzierungen unumgänglich sind. Wenn dies in der nächsten Stadtratssitzung nicht beschlossen werden kann, wird der Haushalt 2005 nicht durch das Landesverwaltungsamt (LVA) freigegeben. Dann werden, wie gegenwärtig schon gehandhabt, nur die unabwiesbaren Leistungen freigegeben. Die Leistungen in den Bereichen der Kultur, Sport, offene Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, die Unterstützung für Behinderte und Senioren sind aus der Sicht des LVA freiwillige Leistungen der Kommune. Deshalb appelliert sie an alle Mitglieder heute zu den Maßnahmen zu diskutieren und zu beschließen. Nur wenn der Stadtrat diesem Konsolidierungspapier zustimmt, gibt es eine Chance, den Haushalt genehmigt zu bekommen.

Anfrage durch ein Mitglied (STR) ob diese Einsparungen im HzE-Bereich nicht das Gegenteil erreichen. Der Sparwille darf nicht dazu führen, dass noch mehr bei den Sozial- und Jugendhilfefällen gespart wird, da die Kosten hier an anderer Stelle wieder steigen würden.

Frau Szabados antwortete, dass sie sich von der Sozialraumorientierung, der EDV und der Mitarbeiterschulung im ASD Synergieeffekte verspricht, die ohne unzulässige Qualitätseinschränkungen bei den betroffenen Kindern und Jugendlichen zu weniger Ausgaben führen. Dies wird aber nur durch eine externe Begleitung und Evaluation der Jugendhilfe unter Sozialraumaspekten mit dem Ziel der effektiveren Nutzung der präventiven Potentiale des Sozialraumes möglich sein

Anfrage durch Frau Ute Haupt, welche „Garantie“ gegeben werden kann, dass der Bereich HzE nicht hinten runter fällt.

Herr Rochau antwortete, dass der HzE-Bereich eine äußerst komplexe Angelegenheit ist. Hilfen zur Erziehung können nur greifen, wenn eine ganzheitliche Sicht auf die Problemlagen erreicht wird. Familie im Sozialraum ist durch die Akteure im jeweiligen Sozialraum insgesamt zu sehen. Die eingeführte Software Jucon soll Prozesse steuern und negativen Tendenzen entgegenwirken. Ziel ist es, hier ein Frühwarnsystem aufzubauen, um rechtzeitig zu erkennen, ob es Kinder und Familien gibt, die eine soziale Problematik haben und wo frühzeitig interveniert werden kann und muss. Dem präventivem Aspekt (z.B. in KITA's und Schulen) kommt dabei eine größere Bedeutung zu.

Im Bereich des UA 4560 junge Volljährige haben wir noch Spielräume. Auch durch die Nutzung des SGB II soll der Gesamtprozess zur Verselbständigung früher erfolgen. Es ist eine Summe an Maßnahmen die hier greifen sollen. Eine frühzeitige Erkennung von Problemlagen in Familien muss einsetzen. HzE §§27ff. sind einklagbare Rechtsansprüche, diese sollen auch weiterhin aber eben effektiver unter den Bedingungen des Sozialraumes gewährt werden.

Durch ein Mitglied (Freie Träger) wurde angesprochen, dass im HzE-Bereich drastisch die Mittel um 20% zurückgefahren werden. Die Kindeswohlgefährdung sollte nicht außer Acht gelassen werden. Wo ist ein plausibel planbarer Ansatz? Im Rückbau von Fallzahlen oder Rückbau der Kostensätze?

Frau Szabados antwortete, dass eine Reduzierung der Mittel durch Synergieeffekte erreicht werden kann. Diese wurden bereits erläutert. Es werden die Strukturen insgesamt genutzt und nicht nur im HzE-Bereich. Z.B. sollen die Kindertageseinrichtungen genutzt werden im Zusammenspiel mit dem ASD, um erfolgreich präventiv bis interventiv zu agieren. Deshalb soll durch die externe Begleitung erreicht werden, die Gesamtsituation in den Sozialräumen in den Blick zu nehmen.

Anfrage durch ein Mitglied (STR) , ob sich der Stellenabbau bei der Stadt und den Freien Trägern abzeichnet.

Ein Mitglied der Freien Träger verwies darauf, dass HzE-Einrichtungen durch die Freien Träger und nicht durch die Stadt betrieben werden. Demzufolge erfolgt dort der Stellenabbau.

Durch ein Mitglied (FR. Träger) wurde angesprochen, dass die Einsparung nur über sozialpolitische Maßnahmen erfolgen kann. Dies kann zu einem Qualitätsabbau führen.

Frau Szabados sprach an, dass die gesetzlichen Pflichtaufgaben durch die Stadt weiterhin erfüllt werden. Sie stimmt der Aussage zu, dass im Bereich der Jugendhilfe in der Stadt sehr viel Positives erreicht wurde. Die Verwaltung ist in der Pflicht, das Optimum für die Kinder und Jugendlichen zu erreichen unter effektiver Kostendarstellung. HzE kann und darf sich nicht an den vorhandenen Kapazitäten orientieren, sondern an den Problemlagen der Familien.

Durch ein Mitglied (Freie Träger) wurde auf die gemeinsame Verpflichtung zur Jugendhilfeplanung hingewiesen. Die Mittelkürzung geht aus ihrer Sicht zu Lasten des Klientel.

Frau Szabados antwortete, dass die Verwaltung einschätzt, dass die Potentiale vorhanden sind, bei qualitätsgerechter HzE-Erbringung diese Kostensenkung zu erreichen. Sie fordert dabei den ASD nochmals auf, die einzelnen Hilfepläne zu überarbeiten mit der Zielstellung, fachlich begründete HzE-Leistungen in Halle zu erbringen.

Herr Rochau weist zurück, dass die Verwaltung die Probleme der Kinder und Jugendlichen nicht im Blick hat. Es müssen die Prozesse insgesamt gesehen werden, allerdings wird die Verwaltung bei den auswärtigen Unterbringungen zukünftig noch genauer hinsehen.

Frage eines Mitgliedes (Freie Träger) ob die ganzen Evaluationen , die viel kosten, tatsächlich etwas bringen.

Frau Szabados antwortete, dass dadurch Kostenreduzierungen erwartet werden können. Sie sprach an, dass insbesondere bei den Hilfeplanverfahren durch größere Transparenz und Vergleichbarkeit Potentiale erschlossen werden können. Sie erwähnte als Beispiel, dass sie vor einiger Zeit an einer Förderschule in Halle war und ein Gespräch mit einer Lehrerin hatte, welche grundsätzlich bei HzE-Hilfeplanung durch den Träger nicht einbezogen worden war und diesen noch nicht mal kannte. Diese Einbeziehung in das Hilfeplanverfahren aller mit dem „Fall“ Beschäftigten im Sozialraum muss gewährleistet werden - dies seien die Synergieeffekte, die Kostenreduzierungen bringen.

Anfrage durch ein Mitglied (STR) wie das erfolgen soll.

Frau Szabados antwortete, dass Fachkonzepte erstellt worden sind, welche auch Handlungsempfehlungen enthalten. Wichtig ist es, dass alle im Sozialraum Tätigen aus allen Bereichen sich untereinander verständigen und ihre Leistungen „fallbezogen“ abstimmen. Die Steuerung muss beim ASD über die einzelnen Hilfeplanverfahren liegen.

Es gab keine weiteren Anfragen.

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2005, den Haushaltsplan 2005 und Das Haushaltskonsolidierungskonzept einschließlich der konzeptionellen Untersetzung der zusätzlichen Konsolidierung in Höhe von 25 Mio. €.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2003 zur Kenntnis.
3. Der Stadtrat bestätigt das Konzept zum Abbau der Altfehlbeträge und beauftragt die BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale), die Vorschläge des Konzepts zu untersetzen und die weitere Vorgehensweise aufzuzeigen. Die Aktivitäten der BMA zur Realisierung der Vorschläge zum Ausgleich des kumulierten Haushaltsdefizits werden durch den Finanzausschuss begleitet. Nach Befassung der zuständigen Gremien sind die Vorschläge dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Frau Hanna Haupt verwies auf die drei vorliegenden Beschlussvorschläge und fragte, ob insgesamt oder einzeln abgestimmt werden soll.
Es erfolgte die Gesamtabstimmung zu der Vorlage wie folgt:

Befürwortungen: 4
Ablehnungen: 4
Enthaltungen: 5
Somit wurde die Vorlage **abgelehnt**.

Frau Hanna Haupt stellte fest, dass damit der Jugendhilfeausschuss dem Stadtrat die Empfehlung gibt, den Beschluss zu den Konsolidierungsmaßnahmen den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie betreffend, abzulehnen.

zu 7 INT GmbH - Förderung der Objektkosten für den iJC "Heide-Nord" am Standort Blumenauweg 49, 06120 Halle (Saale) Vorlage: IV/2005/05126

Herr Rochau sprach an, dass der Jugendclub Heide-Nord mit Standort Blumenauweg im Jahr 2000 an die INT GmbH übertragen wurde. Im Jahr 2004 wurde in Erwägung gezogen, den Jugendclub in den Räumen der „Sonnenblume“ im Schafschwingelweg unterzubringen.

Hierzu gab es auch entsprechende Verhandlungen mit allen Beteiligten. Mittlerweile liegen die Konzepte zum Stadtumbau Heide-Nord vor. Die Wohnbebauung um das soziokulturelle Zentrum „Sonnenblume“ herum soll abgerissen werden und dort werden zukünftig Einfamilienhäuser entstehen. Der Bedarf des soziokulturellen Zentrums ist dann dort nicht mehr gegeben. Dieses soll evtl. eine Kindertagesstätte werden. Somit steht für den Jugendclub dieser Standort nicht mehr zur Disposition. Die Verwaltung schlägt daher vor, dass dem Träger zu den bereits bewilligten Fördermitteln (Personal- und Sachkosten) die Objektkosten für 2005 in Höhe von 18.579,05 € bewilligt werden.

Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger) dass 2004 die Aussage getroffen wurde, die Jugendlichen eine Selbstverwaltung angestrebt haben, wie ist der Stand hierzu.

Frau Szabados antwortete, dass die Sachlage etwas anders war. Die Jugendlichen wollten nicht in Gänze an den neuen Standort, es sollten am neuen Standort aber Projekte durchgeführt werden. Eine Selbstverwaltung sollte am alten Standort stattfinden. Jetzt ist die Sachlage so, dass der alte Standort bleiben soll, der Träger ist immer im Objekt geblieben. Mit der Nachplanung des Wohngebietes Heide-Nord auf Grund vieler Wegzüge und der vorgesehenen Abrisse der Blöcke und der Orientierung auf Einfamilienhausbau ist später der Betrieb einer KITA an diesem Standort angezeigt. Sie bat um Zustimmung zur Vorlage.

Anfrage durch ein Mitglied (Freie Träger) wie es mit der Sanierung des Objektes weitergehen soll, da der bauliche Zustand nicht der Beste ist.

Frau Szabados antwortete, dass es heute nur um diese Entscheidung der Objektkostenförderung geht. Gegenwärtig sind am Standort nur Notreparaturen möglich. Jetzt muss der Zeitraum 2005 gesehen werden. Die Entwicklung in Heide-Nord muss abgewartet werden.

Anfrage durch ein Mitglied (Freie Träger) woher die Mittel jetzt dafür genommen werden.

Die Verwaltung antwortete, dass Miete und Betriebskosten nachbewilligt werden sollen. Bisher wurden nur die Personalkosten und die inhaltliche Arbeit anteilig gefördert. Die Mittel stehen zur Verfügung.

Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger) ob es dort im Jugendclub eine Unterbrechung des Betriebes gab und eine Neubesetzung der Personalstellen.

Die Verwaltung antwortete, dass die Einrichtung bis zum 31.12.2004 mit 3 Personalstellen gefördert worden war. Eine Weiterführung gab es dann mit 1 Personalstelle im Rahmen der Regelförderung und 1 Stelle aus dem Fachkräfteprogramm.

Anfrage durch ein Mitglied (STR) wie der Stand ist, dass eine KITA aus dem soziokulturellem Zentrum werden soll.

Frau Szabados antwortete, dass das Objekt im Schafschwingelweg saniert ist. Ein Freier Träger, welcher in der Nähe eine KITA betreibt, hat ein unsaniertes Objekt. Es bestehen Überlegungen, dass die unsanierte KITA des Trägers ca. 2008 abgerissen werden soll und der Träger dafür das Objekt Sonnenblume erhalten soll.

Anfrage durch ein Mitglied (STR) welche Perspektiven die „Sonnenblume“ hat.

Frau Szabados antwortete, dass für dieses Objekt auf jeden Fall Perspektiven gefunden werden müssen. Um das Objekt rum sollen Einfamilienhäuser entstehen. Die Abbrüche in Heide-Nord werden noch mindestens 2 Jahre dauern.

Es gab keine weiteren Anfragen.

Auf Grund des Vorschlages von Herrn Godenrath wurde der 1. Beschlussvorschlag um die Ergänzung erweitert: „.....für das Jahr 2005/2006 „ So dass damit der Zeitrahmen unter den gegenwärtigen Bedingungen für diese Zeit festgeschrieben ist.

Frau Hanna Haupt rief zur Abstimmung mit dieser Ergänzung im 1. Beschlussvorschlag auf.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Verbleib des iJC „Heide-Nord“ für das Jahr 2005/2006 am Standort Blumenauweg 49, 06120 Halle (Saale) zu.
2. Der Jugendhilfeausschuss beschließt, der INT – Gesellschaft zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration mbH, dem Träger der Einrichtung, für die Objektkosten (Miete/Mietnebenkosten) im Jahre 2005 eine Förderung in Höhe von 18.579,05 EUR zu bewilligen.

Abstimmungsergebnis:

Der Jugendhilfeausschuss stimmte den Beschlussvorschlägen mit der Änderung im Pkt. 1 „für das Jahr 2005/2006“ **einstimmig** zu

zu 8 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge vor.

zu 9 Anfragen von Stadträten

Frau Klotsch fragte nach der Beantwortung der LIGA-anfrage zur öffentlichen Ausschreibung „Zur externen Begleitung und Evaluation der Jugendhilfe.....“.

Die Verwaltung verwies darauf, dass teilweise im TOP Haushalt schon auf einiges hingewiesen wurde. Die Beantwortung wird im nichtöffentlichen Teil der Niederschrift angehängen.

Herr Dölle sprach an, dass er erfahren hat, dass es Probleme bei der über das Fachkräfteprogramm geförderten Stelle beim CVJM gibt. Er bat um Hintergrundinformationen.

Frau Kühn antwortete, dass durch das Landesverwaltungsamt die geförderten Stellen nicht als solche anerkannt werden, da der vom Land geforderte Abschluss eines Sozialpädagogen mit Fachschul- oder Hochschulabschluss bei den Stelleninhabern nicht vorliegt. Es handelt sich bei den Mitarbeitern um Diplomtheologen/-religionspädagogen, die seit Jahren in der Jugendhilfe tätig sind. Für eine Förderung im Fachkräfteprogramm verlangt das Land jetzt eine Anerkennung gleichwertiger Fähigkeiten und Erfahrungen durch das Kultusministerium und macht davon eine Weiterförderung abhängig. Eine abschließende Entscheidung ist hierzu noch nicht getroffen worden.

Herr Dölle fragte, wie bei einer Rückforderung vorgegangen wird.

Frau Kühn antwortete, dass im Fall einer Nichtanerkennung dieses Abschlusses das Land auf einer Rückzahlung besteht und die Kommune dies zu realisieren hat. Sie steht im Kontakt zu den Ministerien und hat die gleichwertige Anerkennung auf Grund der Berufserfahrung der Stelleninhaber entsprechend unterstützt.

Herr Rochau sprach an, dass Frau Wiesner in der letzten Sitzung den Hinweis gegeben hat, dass in Diemitz von einem nicht gesichertem Gebäude Steine auf den Gehweg, welcher auch ein Schulweg ist, fallen. Es handelt sich hierbei um das Grundstück Geraer Straße 1. Der Fachbereich Bauordnung teilte mit, dass keine akute Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit ausgeht. Nach Ermittlung des Eigentümers wird dieser aufgefordert werden, die notwendigen Ausbesserungen im Dachbereich durchzuführen.

Frau Ute Haupt erinnerte an ihre Bitte, zu einer Sitzung den neuen Intendanten des nt einzuladen. Hintergrund ihrer Bitte ist, die Schnittstelle Kultur (Theater) zur Jugendhilfe zu sehen.

Frau Ute Haupt erinnerte an ihre Bitte Vertreter der ARGE zu einer Sitzung einzuladen und einen Bericht zur „Einbettung“ der Jugendhilfe/SGB II zu erhalten.

Die Verwaltung sagte zu, dies bei der Planung der Sitzungen zu berücksichtigen.

zu 10 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

zu 11 Mitteilungen
- der Verwaltung zur stattfindenden Werbekampagne zur
"Pflegeelternengewinnung" in der Stadt Halle (Saale)

Herr Rochau informierte über das Kommunikationskonzept zur Gewinnung von Pflegeeltern. Dieses wurde von der FHS Merseburg, Studiengang Kultur und Medienpädagogik erarbeitet. Durch eine gezielte Steigerung der Medienpräsenz sollen verstärkt Pflegeeltern gewonnen werden. Ein anderes Ziel ist hierbei die Reduzierung der Inanspruchnahme von auswärtigen Pflegestellen. Angedacht ist es, 12 – 15 geeignete Pflegeeltern zu gewinnen.

Die Kampagne startet am 24. September 05 zum Familienaktionstag auf der Peißnitz.

Frau Gellert teilte die Thematik für die angedachte Sozialraum“rundfahrt am 17. November 2005 mit. Angedacht ist die Fahrt zur ARGE und Villa Jühling. Themen können sein: „Übergang Schnittstelle Jugend und Beruf“; „Wie kann die Jugend zukünftig in Halle leben“. Sie bat nochmals um eine Rückinformation an sie, welcher Teilnehmer des Jugendhilfeausschusses diesen Termin wahrnehmen können.

Frau Szabados teilte den Stand zur „Singschule“ (Antrag der CDU-Fraktion) mit: Es gab zwischen den Geschäftsbereichen Kultur, Bildung und Sport und Jugend, Soziales und Gesundheit einen Gesprächstermin, an welchem auch Herr Wippler und Frau Bauer teilnahmen. Es wurde überlegt, welche Möglichkeiten der Vernetzung zwischen Kultur und Jugendhilfe hier gesehen werden. Für das II. Halbjahr 2006 wurde eine Lösung gefunden. Sie kann dazu im nichtöffentlichen Teil eingehen, da es hier um Personen geht.

Gez. Hanna Haupt
Ausschussvorsitzende

Gez. Szabados
Bürgermeisterin

Gez. Kaupke
Protokollantin